

Politischer Wegweiser

für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 22/23

Halle (Saale), 15. Juli 1929

5. Jahrgang

50 Jahre Preußisches Handelsministerium.

Das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe besteht am 15. Juli fünfzig Jahre. Am 15. Juli 1879 hat der erste Minister Hofmann sein Amt angetreten. Aus Anlaß der Wiederkehr dieses Tages hatte der preußische Handelsminister Dr. Schreiber mit Rücksicht auf die Urlaubszeit am 1. Juli die sämtlichen Beamten und Angestellten des Ministeriums vom Staatssekretär bis zur Scheuerfrau zu einem einfachen Abendessen eingeladen. Die Tischordnung war an diesem Abend so gewählt worden, daß ohne Rücksicht auf den Dienstgrad alle in der Reihenfolge saßen, wie sie der Zeit nach ihre Tätigkeit im Ministerium begonnen haben. — Diese vom Minister gewählte Form ist auch ein beredtes Zeugnis für den demokratischen Geist, der im Preußischen Handelsministerium eine Pflegestätte findet.

Regelung der Rechtsverhältnisse der Wartestandsbeamten abgelehnt.

Wir lesen im Demokratischen Zeitungsdienst:

„Der Abgeordnete Schuldt-Steglitz (Demokrat) hatte mit Unterstützung seiner Fraktion zur 3. Lesung des Haushaltes eine EntschlieÙung vorgelegt, worin die Regierung ersucht wurde, dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die **Regelung der Rechtsverhältnisse der Wartestandsbeamten** alsbald wieder vorzulegen. Diese EntschlieÙung wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten **abgelehnt**. Der Reichstag scheint also nach dem bedauerlichen Scheitern des ersten Entwurfes diese sehr prekäre Angelegenheit nicht wieder aufgreifen zu wollen. Das ist in jeder Hinsicht unbegreiflich, denn die jetzt bestehenden Zustände in der Wartestandsbeamtenfrage sind einfach untragbar. Daß etwa Zehntausend dienstfähige und dienstwillige Beamte von jeder Beschäftigung zwangsweise dauernd ausgeschlossen werden sollen, ist unverständlich und kann nicht geduldet werden. Die „Allgemeine Deutsche Beamtenzeitung“ weiß über den Grund der Ablehnung der demokratischen EntschlieÙung folgendes mitzuteilen:

„Im Gegensatz zu den anderen von einer Regierungspartei ausgehenden EntschlieÙungen war diese EntschlieÙung nur von den Mitgliedern der Demokratischen Partei unterzeichnet worden. Die Antragsteller hatten also vorher nicht mit den anderen Regierungsparteien Fühlung genommen. In Ermangelung einer solchen Verständigung erfolgte die Ablehnung.“

Für eine solche Begründung, wonach taktische Erwägungen und Prestigefragen eine sachliche Entscheidung verhindert haben, wird in der beteiligten Beamtenschaft niemand ein Verständnis aufbringen. Im übrigen sind auch von den anderen Koalitionsparteien, so von der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei, Einzelentschließungen, die nur von den Mitgliedern der antragstellenden Parteien unterschrieben waren, dem Reichstag vorgelegt worden. Bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ist es zudem auch praktisch nicht möglich gewesen, eine Uebereinstimmung herbeizuführen. Trotzdem wurde z. B. die Entschließung der Bayerischen Volkspartei, die nur handschriftlich eingebracht war und die eine **bessere Amtsbezeichnung für die bayerischen Zolltechniker forderte**, also auch ohne vorherige Fühlungnahme mit den Regierungsparteien im Reichstag angenommen.

Es ist daher nicht anzunehmen, daß die ablehnenden Parteien sich diese Erklärung zu eigen machen werden, weil sie geeignet ist, die rein sachliche Einstellung dieser Parteien zu der in Frage kommenden Angelegenheit bedenklich zu diskreditieren.

Verein zur Erhaltung und Förderung der sozialen Frauenschule Thale a. H. E. V.

Am Sonnabend, den 8. Juni tagte in Thale am Harz der Verwaltungsrat der Sozialen Frauenschule-Thale, unter Vorsitz von Herrn Landrat Voß-Calbe a.S. Die Aufnahme neuer Mitglieder, Abnahme der Jahresrechnung für das Jahr 1928, Aufbringung der Mitgliederbeiträge, Angliederung des Kreiswaisenheims als Lehr- und Lernmittel an die Schule und andere Gegenstände wurden verhandelt.

In der sich anschließenden Mitgliederversammlung erstattete der Vorstand, Herr Landrat Runge, den allgemeinen Verwaltungsbericht. Ueber die Tätigkeit der Schule im vergangenen Schuljahr berichtete die Leiterin der Schule, Frau Direktorin Keller.

Die Verwaltung der Schule lag bis zum 9. Juni 1928 einem Kuratorium ob, dessen Mitglieder sich unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen aus den Vertretern verschiedener Behörden und einzelner Spitzenverbände zusammensetzen; gesetzlicher Vertreter war der Kreis Quedlinburg-Land. Im Juni 1928 bildete sich der „Verein zur Erhaltung und Förderung der Sozialen Frauenschule Thale am Harz“. Vorsitzende des Vereins sind die beiden Vorsitzenden des Provinziallandkreistages der Provinz Sachsen, die Mitglieder setzen sich zusammen aus 22 Landkreisen, der Stadt Thale, der Arbeiterwohlfahrt, dem Vaterländischen Frauenverein vom Roten Kreuz und dem sächsischen Provinzialverband für innere Mission.

Ueber die Aufnahmebedingungen gibt der Vorstand Herr Landrat Runge-Quedlinburg a.H. Auskunft.

Halle. Den Mitgliedern der Ortsgruppe Halle ging nachstehendes Rundschreiben zu:

1. Die Besprechungen über die Wiederwahl des Oberbürgermeisters Dr. Rive innerhalb des geschäftsführenden Vorstandes haben zwischen den Stadtverordneten, Herren Minner, Hoe, Plönnigs und sämtlichen übrigen Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes (Frau Wolff war von Halle abwesend) leider unüberbrückbare Gegensätze ausgelöst. Diese haben dazu geführt, daß die Herren Minner und Plönnigs ihre Aemter im geschäftsführenden Vorstand niederlegten. Herr Hoe hat sein Amt nicht niedergelegt, aber schriftlich mitgeteilt, daß er sich vorläufig jeder Tätigkeit im geschäftsführenden Vorstande enthalte und darum gebeten, daß die von ihm bisher ausgeübten Funktionen ein anderer Herr des geschäftsführenden Vorstandes übernimmt.

Wir geben den Mitgliedern von diesem Vorfall Kenntnis. Die sofort nach den Ferien einzuberufende Mitgliederversammlung wird eine Neuwahl des geschäftsführenden Vorstandes vornehmen. Inzwischen werden die Geschäfte von dem dritten Vorsitzenden, Herrn Schwarz, und von den übrigen Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes geführt.

2. Zufolge der auf dem Bezirksparteitage gegebenen Anregung zu einer gemeinsamen Verfassungsfeier in Bad Lauchstädt haben wir uns mit dem Vorstand der Ortsgruppe Merseburg in Verbindung gesetzt und um das Zustandekommen einer solchen gemeinschaftlichen Feier bemüht. Die Vorstände der Ortsgruppen Merseburg und Neu-Rössen haben jedoch nach uns zugegangener Mitteilung beschlossen, in diesem Jahre von einer eigenen Feier Abstand zu nehmen, vielmehr ihren Mitgliedern eine rege Beteiligung an den öffentlichen Verfassungsfeiern zu empfehlen.

Da infolge dieses Beschlusses der Plan einer gemeinsamen Verfassungsfeier sich nicht verwirklichen läßt und da in Halle zurzeit auch die oben kurz angeführten unerfreulichen Verhältnisse vorliegen, möchten auch wir von einer eigenen Feier in Halle diesmal absehen, dafür aber den Mitgliedern eine starke Beteiligung an der öffentlichen Verfassungsfeier nahelegen.

3. Wir bitten die Mitglieder, davon Kenntnis zu nehmen, daß unsere Geschäftsstelle Halle, Gr. Brauhausstr. 30, in den Sommermonaten (bis 31. August) durchgehend von 8— $\frac{1}{2}$ 4 Uhr nachmittags geöffnet ist.

Mit Parteigrüßen!

Für den geschäftsführenden Vorstand:

gez.: Schwarz, Renker, Habe, Grünfeld, Salzmann,
Ohlerich, Vehse.

Als Geschäftsführer: gez.: Dornblüth.

Halle. Der Beamten-Ausschuß hielt am 25. Juni als letzte Veranstaltung vor der Sommerpause eine Sitzung ab, die der Vorsitzende Plönnigs leitete. Die Tagesordnung sah in der Hauptsache eine Aussprache über kommunalpolitische Fragen vor.

Politischer Wegweiser

für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 22/23

Halle (Saale), 15. Juli 1929

5. Jahrgang

50 Jahre Preußisches Handelsministerium.

Das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe besteht am 15. Juli fünfzig Jahre. Am 15. Juli 1879 hat der erste Minister Hofmann sein Amt angetreten. Aus Anlaß der Wiederkehr dieses Tages hatte der preußische Handelsminister Dr. Schreiber mit Rücksicht auf die Urlaubszeit am 1. Juli die sämtlichen Beamten und Angestellten des Ministeriums vom Staatssekretär bis zur Scheuerfrau zu einem einfachen Abend-

in diesem Abend so
den Dienstgrad alle
nach ihre Tätigkeit
vom Minister ge-
den demokratischen
um eine Pflegestätte

Wartestands-

dienst:
(Demokrat) hatte mit
ng des Haushaltes
rung ersucht wurde,
Regelung der Rechts-
wieder vorzulegen.
en der Antragsteller
eichstag scheint also
en Entwurfes diese
aufgreifen zu wollen.
ie jetzt bestehenden
d einfach untragbar.
ienstwillige Beamte
erd ausgeschlossen
ht geduldet werden.
weiß über den Grund
Bung folgendes mit-

er Regierungspartei
eschließung nur von
nterzeichnet worden.
it den anderen Re-
Ermangelung einer
“

